

**Stefan Collignon**

## **Globalisierung, Regionalismus und die politische Ökonomie von Ideologien**

Welche Rolle spielt Regionalismus in einer globalen Weltwirtschaft? Globalisierung ist ein wirtschaftliches Phänomen, getrieben von sinkenden Kosten für Transport und Kommunikation im privaten Sektor und dem Abbau politischer Barrieren für Handel und Investitionen im öffentlichen Bereich (Frankel 2000). Globalisierung ist nichts Neues, sondern schlicht Marktlogik im Weltmaßstab, die sich allerdings häufig kaskadenhaft durch die Erschließung regionaler Märkte (Regionalisierung) durchsetzt. Regionalismus dagegen folgt einer politischen Logik und ist mehr als der (sehr ungleich verteilte) geographische Effekt von Globalisierung.

Eine rein ökonomische Perspektive blendet den politischen Kern des Globalisierungsproblems aus, der die Ursache fundamentaler Konflikte ist: Auf Grund der engen Verflechtung kommunikativer Strukturen in regionalen Zentren, einer Grundvoraussetzung für die Diffusion von Information und die Entwicklung von Märkten, entstehen einerseits neue Wertkonsense für lokale Bevölkerungen, andererseits werden aber auch die zuvor gebildeten Wert- und Normensysteme in Frage gestellt. Der daraus folgende „Clash der Zivilisationen“ (Huntington 1993) impliziert beides: Chance für individuelle Emanzipation und Bedrohung durch totalitäre Reaktion.<sup>1</sup> Regionalismus als politische Ideologie versucht diesen Konflikt durch die Verknüpfung verschiedener Wertsysteme zu entschärfen. Insofern verdienen nicht nur die ideologischen Komponenten von Regionalismus, sondern auch die Erfahrungen spezifischer Regionen der Welt ein wissenschaftliches Interesse.

Wir verstehen bisher nur sehr unzureichend warum manche Länder und Regionen den Übergang zu einer emanzipativen Modernität besser meistern als andere. Noch geringer sind unsere Kenntnisse, wann regionale Integration erfolgreich ist. Ich will in diesem Beitrag versuchen, Gedanken zu skizzieren, die we-

---

<sup>1</sup> Hirschman (1982) hat diese beiden Tendenzen als die *Doux-commerce Thesis* und die *Self-Destruction Thesis* bezeichnet.

niger fertige Antworten liefern, als zu einem Forschungsprogramm einladen. Meine zentrale These ist, dass sich Regionen politisch durch die spezifischen Formen unterscheiden, in denen sie ihre gesellschaftlichen Ideologien artikulieren und dass diese politische Normativität zwar ökonomische Fundamente hat, ihre spezifische Artikulation jedoch einen gesellschaftlichen Konsens reflektiert, der sich aus den gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen ergibt. Manfred Nitsch hat mich mit seinen sokratischen Fragen und oftmals mit praktischer Hilfe seit einem Vierteljahrhundert ermutigt, über diese und andere Probleme wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung nachzudenken.

## **Die *moral economy* der Moderne**

In den Wirtschaftswissenschaften dominiert seit bald einem Jahrhundert das positivistische Dogma, wonach wissenschaftliche Aussagen nur über die Welt wie sie *ist*, aber nicht wie sie sein *soll*, möglich sind (Robbins 1938). Damit haben Ökonomen jedoch die „linguistische Wende“ verpasst, die sich in der Philosophie seit Wittgenstein vollzogen hat (Putnam 2002). Searle (1995) hat gezeigt, dass gesellschaftliche Phänomene (*social facts*) sogar nur möglich sind, weil sie normativ begründet sind. Denn Institutionen verkörpern die „kollektive Intentionalität“ menschlichen Handelns, sie geben individueller und kollektiver Aktion ihre Richtung, und verallgemeinern diese Orientierung durch gesellschaftlich verbindliche Normen. Werte sind also nicht nur exogene Beschränkungen des wirtschaftlichen Handelns von rationalen Individuen, sondern sie strukturieren die Rationalität selbst. Damit wird die Analyse gesellschaftlicher Normativität jedoch zu einem legitimen Objekt wissenschaftlicher Untersuchung. Ideensysteme, die beschreiben, wie politisches Verhalten sein *soll*, bezeichne ich als Ideologien.

In der Entwicklungstheorie ist Normativität häufig ein Topos heterodoxer Ökonomen geblieben, insbesondere in den Analysen lateinamerikanischer Strukturalisten. Der Fokus lag dabei auf der strukturellen Heterogenität unterschiedlicher Wirtschaftslogiken, die die Dauerhaftigkeit von Marktunvollkommenheiten begründet. Doch diese Theorien konnten die Dominanz unterschiedlicher Normativitäten nicht erklären. Nitsch (1995) sah im monetär-keynesianischen Ansatz einer Hierarchie der Märkte ein Model, das zumindest formulieren konnte, warum die Geldwirtschaft sich als das weltweit dominierende Wirtschaftssystem durchsetzen konnte. Aber es bleibt im Dunkeln, warum manche Länder und Regionen den Durchbruch zu erfolgreichen „Hartwährungsländern“ schaffen und andere nicht. Selbst wenn man die Weltwirtschaft als Währungspyramide interpretiert („wenige Hartwährungen an der Spitze, viele Weichwährungen an der Basis“), so ist doch unklar, welche Form die Pyramide nimmt oder nehmen kann.

Es scheint mir, dass Antworten auf diese Fragen eine stärkere Integration von Ökonomie und Politik erfordern. Die Orientierung wirtschaftlichen und politi-

schen Handelns ist fundiert in Normen, aber die Effizienz gesellschaftlicher Praktiken erfordert die Kohärenz ihrer Normativität. Thompson (1971) und Scott (1976) haben den Begriff der *moral economy* geprägt, welcher Konzepte von sozialer Gerechtigkeit, von Rechten und Pflichten und Reziprozität beschreibt, die in den ökonomischen Praktiken und sozialen Austauschbeziehungen von Gesellschaften ihre Wurzeln haben. Es zeigt sich, dass sich in traditionellen Subsistenzwirtschaften Recht und Unrecht, politisch Akzeptables von Revoltierendem an anderen moralischen Maßstäben misst als in modernen Gesellschaften. Das Aufeinanderprallen verschiedener normativer Gesellschaftssysteme war eines der Grundprobleme des Kolonialismus, und es erfährt heute im Zeichen der Globalisierung eine Auferstehung. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass Europas blutige Geschichte der letzten 400 Jahre ebenfalls vom Konflikt traditioneller und moderner Ideologien geprägt war. Scott analysierte die *moral economy* in bäuerlichen Gesellschaften, aber der Begriff ist universalisierbar. Insbesondere aus dem von Riese (1995) entwickelten und von Nitsch mitgeprägten Ansatz eines monetär-Keynesianismus lässt sich die normative Fundierung einer *moral economy* der Moderne entwickeln.

## **Geld und die Normativität der Moderne**

Im Zentrum einer keynesianischen Interpretation der Wirtschaft steht die Überlegung, dass Geld in erster Linie nicht Tauschmittel, sondern Zahlungsmittel ist. Die Übertragung von Geld bringt einen Schuldvertrag zum Erlöschen (Keynes 1930), und wichtiger noch, Geld entsteht nur dadurch, dass die Zentralbank privaten Kreditverträgen ihr Qualitätssiegel verleiht, wenn sie Schuldverpflichtungen diskontiert. Die *moral economy* des Geldes ist somit geprägt durch Vertragsbeziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern und durch deren gegenseitigen Vertrauensbeziehungen. Die Moral des Worthaltens („my word is my bond“; „I promise to pay the bearer...“) wird transformiert zur Norm des Rechts, dessen Gegenstück die Verpflichtung ist. Vertrauen (*trust*) ist die zentrale, weil primäre Norm der Geldwirtschaft; formales, d.h. positives Recht ist seine abgeleitete Institution (Habermas 1992). Die neoklassische Ökonomie abstrahiert von Vertrauen, indem sie annimmt, dass die unsichtbare Hand des vollkommenen Wettbewerbs opportunistisches Verhalten der Marktteilnehmer verhindert. Alternativ muss sie hierarchische Organisationsformen einführen, wenn sie oligopolistischen Wettbewerb zulässt (Williamson 1975). Eine Weiterentwicklung davon ist Arrows (1974) Argument, dass Vertrauen im Sinne einer „generalisierten Moralität“ für das Überleben und effiziente Funktionieren von Gesellschaften notwendig ist. Diese neueren Ansätze der *New Institutional Economics* modellieren allesamt Vertrauen als Instrumente zur Senkung von Transaktionskosten.

Aus einer monetär-keynesianischen Perspektive dominiert dagegen Vertrauen (und Misstrauen) über das Nutzenkalkül der Konsumenten, denn ohne Vertrauen

gibt es keinen Kredit, ohne Kreditverträge kein Geld, und ohne Geld keine Ware, wie schon Marx zeigte. Die neoklassische Ökonomie stellt individuelle Tauschbeziehungen der Güterwirtschaft in den Mittelpunkt des Interesses und behandelt Geld eher wie Abfall: störend, aber unvermeidlich. Sie vergisst damit, dass Ressourcen erst durch Geld zu handelbaren Waren werden. Märkte entstehen nicht durch den Austausch von Nützlichkeiten, sondern durch die Akzeptanz und Übertragbarkeit von Versprechen und die Glaubwürdigkeit von Handelspartnern. Geld etabliert somit die Grundnormen der Moderne: die vertragliche Beziehung zwischen Individuen, die einerseits *frei* sind, in die Vertragsbeziehung einzutreten, andererseits *gleich* sind, da jeder Vertragsteilnehmer das Recht zum Rücktritt hat; und schließlich das positive Recht als formale, allgemeingültige Verbindlichkeit. Die Normativität der Geldwirtschaft entsteht folglich aus der Vertragswirtschaft. Sie drückt sich im Doppelpol von individueller Freiheit und Gleichheit aus und impliziert somit die Existenz von separaten Individuen als Akteuren. Die Gesellschaft als Ganzes dient den Individuen lediglich als Kontext und *background* ihrer privatwirtschaftlichen Aktivitäten. Die *moral economy* der Geldwirtschaft ist der Individualismus.

Seit dem 18. Jahrhundert, also seit die Geldwirtschaft ihre hegemonische Rolle in Europa erobert hat, dominiert die von der schottischen Aufklärung entwickelte Theorie vom *Eigeninteresse* als moralischer Fundierung der Marktwirtschaft, welches der menschlichen Natur zugeschrieben wurde. Allerdings übersieht diese Theorie, dass das *self-serving individual* sich erst als Individuum aus seinen hierarchisch-holistischen Bezügen lösen müssen, bevor es ein natürliches Selbst hat erkennen können. Insofern ist die dominierende Stellung des Eigennutzes in der modernen Ideologie nichts anderes als Ausdruck der geldwirtschaftlichen *moral economy*.

Diese Grundnormen des Individualismus, nämlich Freiheit und Gleichheit, sind modern, da sie ihre volle Kraft erst in der Renaissance entfalten. Sie stehen jedoch im fundamentalen Widerspruch zur Normativität traditioneller Gesellschaften, in denen Beziehungen zwischen Menschen hierarchisch strukturiert sind. In der Tat ist Hierarchie das einzige Alternativmodell zu marktwirtschaftlichen Vertragsbeziehungen das eine nicht-gewalttätige Zuordnung von Ressourcen an Individuen zulässt. Allerdings erfordert dieses Modell eine normative Akzeptanz, die auf einem anderem Fundament steht als der Vertrag und der Markt. Der *Homo Hierarchicus* ist Teil des Ganzen; er lebt nicht aus sich heraus, sondern aus seinem zugewiesenen Platz in der Hierarchie. In der traditionellen Gesellschaft dient der Einzelne der Gesellschaft, nicht umgekehrt. Popper (1945/95) hat diese normative Orientierung Holismus genannt;<sup>2</sup> Dumont (1980)

---

<sup>2</sup> Popper (1995: 100) definiert Holismus als die Norm “that the individual should subserve the interests of the whole, whether this be the universe, the city, the tribe, the race or any other collective body” und er zitiert Plato: “The part exists for the sake of the whole, but the whole does not exist for the sake of the part [...]. You are created for the sake of the whole and not the whole for the sake of you.” Popper führt ebenfalls aus, dass dieser Ho-

zeigt, dass holistische Normen sich aus Status und Rang, nicht aus Freiheit und Gleichheit zwischen Individuen ableiten. Das ökonomische Prinzip der traditionellen Gesellschaft ist deshalb die Ressourcenzuteilung nach den Regeln der Hierarchie, nicht nach dem Vertragsprinzip, das die Beziehungen zwischen Individuen regelt.

Nun ist allerdings zu beachten, wie Dumont (1980, 1985, 1991) immer wieder betont, dass in allen Gesellschaften stets beide Wertsysteme, Hierarchie und Individualismus, miteinander ko-existieren. Die Kohärenz der Normativität einer Gesellschaftsformation ist durch die Art und Weise geprägt, wie diese beiden Prinzipien artikuliert werden und insbesondere, welches Prinzip das andere dominiert. In modernen Gesellschaften dominieren die individualistischen Grundnormen von Freiheit und Gleichheit, aber der Holismus traditioneller Werte ist nicht notwendigerweise verschwunden; er wird lediglich anders artikuliert. Typische Beispiele sind Staat, Armee und Beamtentum, in denen sich Individuen den Befehlen und Weisungen ihrer Oberen unterordnen müssen. In einem modernen Staat sind diese hierarchischen Institutionen jedoch der demokratischen Kontrolle individueller Bürger von Außen unterworfen, was bedeutet, dass die individualistischen Normen von politischer Freiheit und Gleichheit dominieren. Das allgemeine Wahlrecht, beispielsweise, institutionalisiert die Dominanz von politischer Freiheit und Gleichheit der Bürger gegenüber dem Staat (der modernen Republik); der „Bürger in Uniform“ ist die Manifestation einer demokratischen Armee. In traditionellen Gesellschaften ist dagegen der König (oder *Principe* bei Machiavelli) der Souverän, der allein gegenüber Gott oder dem himmlischen Mandat, mithin dem Ganzen, verantwortlich ist (siehe Bodin 1583/1993), während die Einzelnen sich der etablierten Ordnung unterwerfen und mit deren Normen konform gehen.

Die hier beschriebene Dichotomie der Wertsysteme hat allerdings nur heuristischen Wert. Die konkreten Gesellschaftsformationen sind alle durch den spezifischen historischen Pfad ihres Übergangs von traditionellen Gesellschaften zur Moderne gezeichnet.

## **Der Konflikt zwischen Tradition und Moderne**

Der Vektor, der die normativen Prinzipien der Moderne transportiert und für ihre Diffusion sorgt, ist die Geldwirtschaft. In dem Maße, in dem die Geldbezie-

---

lismus (fälschlicherweise) den Individualismus immer mit Egoismus gleichsetzt: “The appeal is to various feelings, e.g. the longing to belong to a group or a tribe; and one factor in it is the moral appeal for altruism and against selfishness or egoism. Plato suggests that if you cannot sacrifice your interests for the sake of the whole, then you are selfish.”

Eine extrem brutale Manifestation holistischer Normativität ist der Roten Khmer Aphorismus: “Keeping you is no gain, losing you is no loss” (Chandler 1999). Aber die Logik einer Identifikation des Einzelnen mit dem Ganzen manifestiert sich auch in banalen Sätzen wie: “Als Deutsche sind *wir* für...”, “Frankreich hat ein Interesse an...”, etc.

hungen gesellschaftliche Transaktionen bestimmen, setzt sich die Normativität der Moderne als Grundnorm durch. Damit verlieren jedoch traditionelle Gesellschaftswerte systematisch ihre Verallgemeinbarkeit. Die alte Welt erscheint nicht länger als verlässlich; das Vertrauen in *common knowledge*, also die Tatsache, dass jeder weiß was der andere weiß, schwindet. In der Übergangsgesellschaft nimmt das Misstrauen zu, während die Unsicherheit wächst.

Hinzu kommt, dass die *moral economy* der Moderne ökonomische Unsicherheit systematisch reproduziert: Einerseits erfordert die Kreditwirtschaft die Bedienung der Zinsen und somit einen Einkommensüberschuss, ohne den die Vertragsbeziehung verletzt würde. Unvorhergesehene Einkommenseinbußen, sei es aus klimatischen, materiellen oder konjunkturellen Gründen, schaffen deshalb Risiken für die lange Kette der Zahlungsverpflichtung, die das Merkmal von Marktwirtschaften sind (Muldrew 1998). Dadurch wird die Sicherheit des Vermögensbestands der Individuen in Frage gestellt, weil im Zweifelsfall die Kredittilgung durch Vermögensliquidierung bedient werden muss. In Gesellschaften, deren Durchschnittseinkommen nahe am Subexistenzniveau liegt, oder in denen die Ungleichheit zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen stark ausgeprägt ist, so dass die Masse der Individuen über kein existenzsicherndes Vermögen verfügt, kann die Normativität von modernen Geldwirtschaften deshalb als existenzbedrohend erscheinen, wenn die Norm von Recht und Verbindlichkeit höher bewertet wird als die Subsistenz des Einzelnen (Scott 1976). Das Wucherverbot im Mittelalter oder das Zinsverbot im islamischen Recht ist Zeuge des schwierigen Übergangs in die Moderne. Formale Menschenrechte sind in diesem Kontext nur legitimierbar, wenn sie substantiell durch geeignete Wohlfahrtssysteme bzw. den Sozialstaat ausgefüllt werden (Collignon 2000). Die kollektive Existenzabsicherung nimmt in der Moderne die Form der Solidarität, d.h. des individuellen Engagements für den Schutz der Integrität eines anderen an; sie ist nicht länger Brüderlichkeit, d.h. hierarchisch zugewiesene Hilfe für die, die so sind wie *wir*, also Mitglieder einer Gruppe mit der wir uns identifizieren (Collignon 2003, Kapitel 4).

Wenn aber die Modernisierung einer Gesellschaft durch die Verbreitung der Geldwirtschaft vorangetrieben wird, so stellt sich früher oder später die Frage der sozialen Absicherung individueller Existenzen durch solidarische Instrumente. Ist diese nicht gewährleistet, tritt ein Spannungsverhältnis zwischen Individualismus und traditionellem Holismus auf, welches zu totalitären Reaktionen führen kann. Traditionelle Gesellschaftskräfte versuchen dann mit Gewalt das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den Holismus durch Unterdrückung des Individualismus wieder zur dominanten Norm werden zu lassen. Historische Beispiele für solche Reaktion gegen Individualismus und Geldwirtschaft waren im letzten Jahrhundert Kommunismus und Faschismus, und gegenwärtig islamischer Fundamentalismus. Diese Bewegungen sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Ungleichgewichts und somit instabil (Dumont 1991). Die Frage ob und wie ein normatives Gleichgewicht wiedergewonnen werden kann, hängt von der

Rolle des Staates ab, also von der institutionellen Artikulation holistischer Werte.

## Die Rolle des Staates

Der Staat ist die Institution, welche die Allgemeinverbindlichkeit der kollektiven Interessen herstellt. Seine wesentliche Rolle ist die Vermittlung von individualistischen und holistischen Gesellschaftsnormen. Auch wenn seine innere Organisation immer hierarchisch ist, wird diese Funktionsweise, wie bereits erwähnt, in Demokratien jedoch dem Individualismus der einzelnen Bürger untergeordnet. Deren Status wird durch die politischen Normen von Freiheit und Gleichheit geprägt, welche sich ökonomisch in Vertragsrecht und politisch im allgemeinen Wahlrecht manifestieren. In traditionellen Gesellschaften („L’Etat, c’est moi“) oder totalitär-repressiven Staaten fehlt diese Rückkopplung des Gesamtinteresses an das einzelne Individuum (Collignon 2003).

Dieses Staatsmodell erlaubt es, die normative Kohärenz von Staat und Wirtschaft in der Moderne zu definieren: Idealtypisch erfordert eine Geldwirtschaft einen modernen, d.h. demokratischen Staat in dem das individuelle Wahlrecht die Grundlage der Allgemeinverbindlichkeit staatlicher Gesetze ist, einschließlich der nicht-kontraktuellen Steuergesetzgebung. Traditionelle Gesellschaften dagegen operieren mit der Normativität von Hierarchien, die Dumont (1980) exemplarisch für das indische Kastensystem beschreibt. Realistischerweise müssen diese Idealtypen jedoch als *focal point* eines dynamischen Prozesses von Konsensbildung gesehen werden. Allerdings lassen sich heute unkorrupte traditionelle Gesellschaften kaum noch in der Realität beobachten.<sup>3</sup> Häufiger sind repressive Staaten, die versuchen, politische Freiheit und Gleichheit durch hierarchische Strukturen zu ersetzen. Sie sind mit einer modernen Wirtschaft unvereinbar, da sie die Normativität der Geldwirtschaft unterhöheln. Wenn holistische Werte den ökonomischen Individualismus unterdrücken, so tendiert die materielle und ideologische Reproduktion der Gesellschaft zu einem Gleichgewicht mit geringem Wachstum und geringen Menschenrechten, bzw. keiner Demokratie. Die normative Inkohärenz repressiver Gesellschaften manifestiert sich dann in Korruption und wirtschaftlicher Stagnation. Dominiert andererseits der ökonomische Individualismus der Geldwirtschaft über das traditionelle Wertesystem, so transformiert sich die Gesellschaft auf dem Weg zu einem Gleichgewicht mit wachsender Wirtschaft und politischer Demokratisierung. Der moderne demokratische Staat als Idealtyp repräsentiert somit keine universellen Werte, wie in westlichen Gesellschaften häufig behauptet, sondern ledig-

---

<sup>3</sup> Selbst in den mir bekannten Gebieten im Nordosten Birmas, wo die „befreiten“ ethnischen Minoritäten meist ohne Geld leben, ist Geld für die politische Führung wichtig, um Waffen für den „nationalen Widerstand“ zu kaufen. Ähnliches galt für das sehr viel grausamere Regime Pol Pots in **Kampuchea**.

lich Normen, die mit der modernen Geldwirtschaft kohärent sind. Gescheiterte Staaten (*failed states*) sind Staaten mit inkohärenter Normativität, die ihre internen Widersprüche nur durch Gewalt nach innen und häufig auch nach außen unterdrücken können. Dabei ist festzustellen, dass die holistische Besessenheit mit „Reinheit“ (*ethnic cleansing, political purges*) sich nur dann in Genozid ausdrücken kann, wenn einerseits effiziente hierarchische Strukturen existieren (politisch-totalitäre Parteien in Faschismus und Kommunismus, Armee und Militär in Lateinamerika und Afrika), dem Holismus jedoch praktisch keine individualistisch programmierten Institutionen gegenüberstehen. Auch wenn diese Institutionen häufig als Folge von Kriegen eliminiert werden (das hervorragende Beispiel ist **Kambodscha**), so ist es doch die innere Struktur von wirtschaftlichen und politischen Institutionen, die nicht nur zur Verhinderung von Völkermord, sondern ganz allgemein als inner- und internationale Friedenspolitik von zentraler Bedeutung ist.

## Die Artikulation moderner Normativität

Welche Folgen ergeben sich aus dieser Analyse für das Phänomen von Regionalität? Normen und Werte geben praktischem Handeln seine Orientierung und setzen den Rahmen für gesellschaftliche Präferenzen, aus denen sich politische Entscheidungen ableiten. Regionalismus in einer sich globalisierenden Weltwirtschaft resultiert daraus, dass politische Institutionen in verschiedenen Regionen gesellschaftliche Normen unterschiedlich artikulieren. Wir können die Artikulationsformen als eine Gewichtung der beschriebenen Grundnormen von Holismus und Individualismus modellieren, letzterer mit seinen zwei Polen von Freiheit und Gleichheit. Aus dieser Gewichtung leitet sich eine Werteordnung ab – im doppelten Sinn von *ordering* und von Organisationsstruktur – die einen normativen Konsens widerspiegelt.

Die Gewichtung der Normen ist einerseits ein individueller Vorgang, in dem jeder Mensch sich zu bestimmten gesellschaftlichen Fragen eine Meinung bildet, die er dann jedoch an den Kompetenzen seiner Mitmenschen misst und korrigiert (Lehrer/Wagner 1981). Wir konzipieren hier also Individuen als kognitive Noden (Knotenpunkte) in einem Netzwerk, in dem Information zirkuliert. Primäre Information (neue Erkenntnisse, frische Nachrichten, etc.) wird von jedem Individuum auf seine „Annehmbarkeit“ auf dem Hintergrund vorgegebener Wertvorstellungen überprüft („Das ist richtig, falsch, nützlich, einleuchtend...“ etc.). Da die Kompetenz bei der Beurteilung primärer Information jedoch nicht gleichverteilt ist (*bounded rationality*), evaluieren Individuen immer zugleich, welchen Mitmenschen sie in einer spezifischen Frage wie viel vertrauen können. Es lässt sich zeigen, dass sich ein gesellschaftlicher Konsens dann ergibt, wenn jedes Individuum dem Urteil zumindest eines anderen mit anderen in Kontakt stehenden Menschen vertraut. Dieser Konsens, den ich „stochastisch“ nenne, spiegelt dann gleichzeitig individuelle Präferenzen und die allgemeine Kompe-



tenzbeurteilungen aller Gesellschaftsmitglieder wider. Insofern ist die ideologische Wertgewichtung eine Folge von gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen, die zugleich zu einer Konvergenz individueller Werteinschätzungen führt. Durch diese in einer Gesellschaft permanent stattfindenden Prozesse entsteht also eine *volonté générale* (Rousseau 1993), nicht nur darüber, was Menschen tun sollten, sondern auch darüber, was sie tun. Stochastischer Konsens ist nicht mit Einstimmigkeit zu verwechseln, sondern er impliziert Dissens um ein allgemeinverbindliches, normatives Gleichgewicht herum (einen gewichteten Meinungsdurchschnitt) welches sich allerdings im Verlauf der kommunikativen und deliberativen Prozesse zwischen den Individuen permanent verändert.<sup>4</sup>

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Normen findet, wie Habermas (1981) herausgearbeitet hat, auf der Ebene diskursiven Handelns statt. Individuelle und kollektive Identität drücken sich einerseits in der Bedürfnisstruktur von Individuen und andererseits in dem von allen Individuen geteilten normativen Konsens aus, oder um Searles (1995) Formulierung zu gebrauchen, in der kollektiven Intentionalität. Holistische Grundwerte lassen sich somit auf intentionale Sätze in der ersten Person Plural reduzieren: *Wir* wollen, werden, tun... Die Bedürfnisautonomie und damit die Freiheit von Individuen wird dagegen in der ersten Person Singular (*Ich* will, werde, tue...) ausgedrückt. Diese hat jedoch ihr Spiegelbild im *alter ego*, in der Gleichheit des anderen, die nur in der zweiten Person Singular darstellbar ist (*Du* willst, wirst, tust...). Die relative Gewichtung zwischen individueller Bedürfnisautonomie (Freiheit), Anerkennung des Anderen (Gleichheit) und Unterwerfung unter die *volonté générale* lässt sich dann darstellen als die Zuordnung von Wertgewichten auf die drei beschriebenen Grundnormen, die sich zu Eins addieren. Aus der Gewichtung ergibt sich zugleich eine normative Rangordnung und sechs Kombinationen strikter Präferenzzuordnungen, die wir als Artikulationen politischer Ideologien verstehen können, wie Tabelle 1 zeigt. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei es nochmals betont, dass hier die Werte auf einer eindimensionalen Präferenzaxis angeordnet werden und nicht, wie in neueren Modellen, in einem zweidimensionalen Politikraum (*policy space*) (Tsebelis and Garrett 2001; Hix/Noury/Roland 2003). Die Stärkung einer politischen Wertgewichtung impliziert deshalb die Schwächung (mindestens) einer anderen, so dass sich dieser Politikraum nicht orthogonal darstellen lässt.

---

<sup>4</sup> In Collignon 2003 findet sich das formelle Modell dieses stochastischen Konsenses, das auf früheren Arbeiten von deGroot (1974) und Lehrer/Wagner (1981) basiert.

**Tabelle 1: Ideologische Artikulationen**

Normative Rangordnung	Ideologie	Regulationsform	Wirtschaftsprinzip
1. <i>Ich &gt; Du &gt; Wir</i>	Liberale Christdemokratie	Markt und Moral	Geld
2. <i>Du &gt; Ich &gt; Wir</i>	Sozialdemokratie	Markt und Staat	Geld
3. <i>Du &gt; Wir &gt; Ich</i>	Linkssozialismus	Aktive Marktintervention	Geld
4. <i>Ich &gt; Wir &gt; Du</i>	Neoliberalismus	Nationalistischer Wettbewerb	Geld
5. <i>Wir &gt; Ich &gt; Du</i>	Faschismus	Führerprinzip	Plan
6. <i>Wir &gt; Du &gt; Ich</i>	Kommunismus, Stalinismus	Parteihierarchie	Plan

Quelle: Eigene Darstellung??.

Moderne Ideologien präferieren grundsätzlich individualistische Wertorientierungen über holistische Werte, was nicht bedeutet, dass kollektive Bezüge keinen Platz im Wertesystem hätten. So reflektiert die Präferenzordnung *Ich > Du > Wir* die klassische (christdemokratische) Zentrumsideologie europäischer Demokratien, die Ordnung *Du > Ich > Wir* das sozialliberale Gegenstück. **National-liberale bzw. neoliberale Ideologien** gewichten den holistischen Nationalismus bzw. Kommunitarismus höher als die Anerkennung der Gleichheit des anderen Individuums. Umgekehrt geben linkssozialistische Ideen der individuellen Freiheit weniger Gewicht als der Gleichheit und dem Kollektiv.

In Gesellschaften, in denen individualistische Wirtschaftsbeziehungen bereits weit verbreitet sind, politischer und kultureller Holismus jedoch seine alte Dominanz verteidigt, werden Werte totalitär artikuliert. Wenn sich Holismus und individuelle Bedürfnisautonomie verbinden um den Respekt gegenüber anderen zu unterdrücken, ist die Wertorientierung faschistisch. Wird dagegen die individuelle Freiheit durch eine holistische Orientierung der Gleichheit unterdrückt, so reflektiert dies stalinistisch/kommunistische Regime.

Diese normativen Präferenzzuordnungen sind nur ein grobes Raster zur Analyse gesellschaftlicher Ideologien. In der Realität bestimmt der relative Abstand in der Wertgewichtung den spezifischen Charakter eines politischen Regimes. Je geringer beispielsweise der Abstand zwischen Freiheit und Gleichheit ist, desto stärker ähneln sich christdemokratische und sozialliberale Ideologien. Je geringer der Abstand zwischen Holismus und Freiheit, desto ähnlicher werden sich Faschismus und Neoliberalismus, etc. Dabei ist von Bedeutung, dass diese Wertgewichtung das Resultat von kommunikativen Prozessen ist, die sowohl

von offenen und verdeckten Debatten als auch durch die Struktur kommunikativer Medien geprägt sind.

## **Regionalismus und die globale Artikulation politischer Ideologien**

Die Artikulation politischer Ideologien ist primär ein nationales Phänomen. Institutionen strukturieren die kommunikativen Prozesse und gesellschaftlichen Debatten aus denen ein (stochastischer) Konsens über Normen, Werte und Orientierungen entsteht. Historisch war der Nationalstaat der Rahmen, in dem die Geldwirtschaft sich entfalten konnte. Mit der Globalisierung der Geldwirtschaft ist der Nationalstaat jedoch vielfach zu einer holistischen Barriere geworden. Dies ist besonders deutlich in gescheiterten Nationalstaaten, in denen holistische Normen mit Gewalt individualistische Werte und damit auch wirtschaftliche Strukturen unterdrücken. Hirschman (1982) hat dies die *Feudal-shackles Thesis* in der Entwicklungstheorie genannt. Danach hätte eine unvollendete bürgerliche Revolution in unterentwickelten Regionen der Welt die zivilisatorischen Aspekte der Modernität verhindert. Aus monetär-keynesianischer Perspektive hat die Schwäche lokaler Mittelklassen allerdings mehr mit Geldpolitik zu tun. Manfred Nitschs Arbeiten über die Geldwirtschaft in Entwicklungsländern und Lateinamerika haben die korrumpierenden Effekte holistischer Normen herausgearbeitet, die nicht notwendigerweise staatlich-gesellschaftliche, sondern oftmals lokal-gemeinschaftliche Ideologien reflektieren. Der Aufbau von Mikrofinanzsystemen kann dabei möglicherweise eine Brücke von lokalem Holismus zu emanzipativem Individualismus schlagen.

Aber auch in modernen Industrieländern sind Nationalstaaten in Zeichen der Globalisierung zu Schranken der Geldwirtschaft geworden, beispielsweise wenn nationale Marktregulierung das Entstehen von Skaleneffekten in der Produktion verhindert. Regionale Integration ist dann der Versuch, die holistischen Schranken zu überwinden (Collignon 2004). Allerdings ist diese Öffnung und Liberalisierung nationaler Märkte nur mit einer normativen Fundierung möglich, die sich in den Funktionsweisen gesellschaftlicher und politischer Institutionen niederschlagen muss. Regionalismus ist eine politische Ideologie, die die wirtschaftliche Integration von Märkten über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus ermöglicht.

Selbst innerhalb moderner Industriestaaten nimmt die Unterordnung holistischer Normen unter den modernen Individualismus unterschiedliche Formen an, die die Funktionsweise der Geldwirtschaft strukturieren. So führt beispielsweise die starke Rolle neoliberaler Ideologien in Großbritannien oder den USA zu einem größeren *short-termism* in der Finanz-, Unternehmens- und Arbeitsmarktstruktur, als in christdemokratisch oder sozialdemokratisch dominierten Ländern Westeuropas (Hall/Soskice 2001).

Diese ideologischen Orientierungen sind auch für die Herausbildung, regionaler politischer Blöcke von Bedeutung. Neoliberal dominierte Gesellschaften tun

sich mit Regionalismus schwer, da die hohe Werthaftigkeit nationalistischer oder kommunitaristischer Normen die offene Interaktion mit kulturell Andersgesinnten erschwert oder unmöglich macht. Der mangelnde gegenseitige Respekt verhindert die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen Individuen, die in verschiedenen Staaten leben und wirken, und schafft deshalb ein hohes Maß an Dissens zwischen verschiedenen nationalen Kulturen. Eine Folge davon ist die Dauerhaftigkeit nationaler Eigenheiten im politisch-gesellschaftlichen Bereich und Autonomiebehauptung im wirtschaftlichen Wettbewerb. Auf der anderen Seite erlaubt der Respekt für andersartige Individualität, auf dem die zwei klassischen Artikulationen der Moderne aufbauen, eine größere Offenheit in internationalen Kommunikationsprozessen und damit auch eine raschere Herausbildung von grenzüberschreitendem, stochastischem Konsens.<sup>5</sup> Geldwirtschaft und politische Ideologie ergänzen sich somit zu einem *virtuous circle* regionaler Integration: die Geldwirtschaft treibt individualistische Normativität voran, die ihrerseits hierarchische Strukturen auflöst und Individuen aus ihren holistisch-nationalistischen Fesseln befreit. Insofern ist es logisch kohärent, wenn neoliberale Britten der europäischen Integration im Allgemeinen und dem Euro im Besonderen kritisch gegenüberstehen, Kohl und Mitterrand dagegen als ihre Architekten gelten.

In Gesellschaften, die regionale Integration positiv bewerten, stellt sich jedoch ein neues Problem: da Individualismus zwangsläufig Externalitäten schafft, brauchen moderne Formen des Regionalismus eine Unterordnung und demokratische Einbettung von holistischen Strukturen für regionale Regulierung. Die politische Koordination zwischen Regierungen oder Staaten kann dies nur zum Preis normativer Inkohärenz leisten, da Intergovernmentalismus die Interaktion holistischer Institutionen ohne Kontrolle durch "individuelle" Bürger impliziert. Mit anderen Worten, in dem Maß, in dem die Globalisierung Geldwirtschaft und Individualismus vorantreibt, stellt sich ein Problem der *governance*, welche versucht, Externalitäten zu re-internalisieren. Aber nur eine demokratische Kontrolle dieser Regulierung ist normativ kohärent mit der Auflösung des demokratischen Nationalstaates. Intergovernmentalismus, also die Zusammenarbeit von Staatsapparaten, unterhöhlt die Autonomie des individuellen Bürgers, der im demokratischen Staat seine Autorität durch das allgemeine Wahlrecht ausübt. Diese politische Inkohärenz ist die Achillesferse der regionalen Integration. Diese Integration kann nur dann dauerhaft sein, wenn sie das demokratische Defizit eliminiert. Dieses Phänomen hat in der Europäischen Union heute bereits krisenhafte Züge angenommen. Aber auch in anderen Regionen, wie z.B. Mercosur, ASEAN, wird sich dieses Problem früher oder später

---

<sup>5</sup> In Collignon/Schwarzer (2003) arbeiten wir die Bedeutung von grenzüberschreitendem Vertrauen für das Entstehen von europäischem Politikkonsens heraus; Collignon (2003) analysiert die Rolle politischer Institutionen. Djelic (2004) zeigt, dass die Existenz grenzüberschreitender Netzwerke die Modernisierung der französischen Wirtschaft nach dem Krieg erklären kann, und ihr Fehlen in Italien eine ähnliche Entwicklung verhindert hat.

stellen, wenn die regionale Integration dort weiter fortschreiten sollte. Normativität ist der Anfang und das Ende von Regionalismus.

## **Zusammenfassung**

Dieser Essay hat versucht zu zeigen, dass Regionen in einer globalisierten Wirtschaft nicht ein zu ignorierender Atavismus sind, sondern dass sie vielmehr den Rahmen abgeben, in dem politische Normativität artikuliert wird. Die spezifischen Ausdrucksformen politischer Ideologien sind Folge von kommunikativen Prozessen, die zu einem (stochastischen) Konsens führen, der die Grundlage normativer Allgemeinverbindlichkeit schafft aber zugleich in spezifischen Formen wirtschaftlicher Logik verankert ist. Geldwirtschaft hat eine zerstörerische Kraft gegenüber hierarchisch-holistischen Normen traditioneller Gesellschaften, aber sie schafft zugleich ihre eigene Normativität, die sich in der *moral economy* des Individualismus ausdrückt. Individuelle Emanzipation impliziert, dass der Einzelne mehr ist als eine Ikone seiner Kultur. Sie erfordert aber auch die Einsicht, dass der Einzelne nur im kommunikativen Kontext mit Anderen seine Individualität entwickeln kann. Normative Inkohärenzen sind die Ursache von wirtschaftlicher und politischer Repression. Aufgabe der politischen Ökonomie sollte es sein, die Bedingungen zu studieren, unter denen individuelle Freiheit und Gleichheit mit kollektiven Wertorientierungen in Einklang gebracht werden können. Aber dies ist ein neues Forschungsfeld.

## **Literaturverzeichnis**

Arrow, Kenneth (1974): *The Limits of Organisation*. New York: Norton.

Bodin, Jean (1583/1993): *Six Books of the Commonwealth*, Oxford: Blackwell.

Chandler, David P. (1999): *Brother Number One. A Political Biography of Pol Pot*. Chiang Mai: Westview Press and Silkworm Books.

Collignon, Stefan (2000): *Why do poor countries choose low human rights?* Download from: [www.stefancollignon.de](http://www.stefancollignon.de).

--- (2003): *The European Republic: Reflections on the Political Economy of a Future Constitution*, London: The Federal Trust.

--- (2004): *Vive la République Européenne!* Paris: Edition La Martinière.

--- / Schwarzer, Daniela (2002): *Private Sector Involvement in the Euro. The Power of Ideas*. London: Routledge.

deGroot, Morris H. (1974): „Reaching a Consensus“, in: *Journal of American Statistical Association*, 69, S. 118-121.

Djelic, Marie-Laure (2004): „Social networks and country-to-country transfers: dense and weak ties in the diffusion of knowledge“, in: *Socio-Economic Review*, No 2, S. 341-370.

- Dumont, Louis (1980): *Homo Hierarchicus. The Cast System and its Implications*. Chicago und London: The University of Chicago Press.
- (1985): *Homo Aequalis (I). Génèse et épanouissement de l'idéologie économique*. Paris: Editions Gallimard.
- (1991): *Essais sur l'individualisme. Une perspective anthropologique sur l'idéologie moderne*. Paris: Editions du Seuil.
- Frankel, Jeffrey (2000): „Globalization of the Economy“, in: Nye, Joseph/Donahue, John (Hrsg.): *Governance in a Globalizing World*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. 45-70.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hall, Peter/Soskice, David (Hrsg.) (2001): *Varieties of Capitalism*, Oxford: University Press.
- Hirschman, Albert O. (1982): „Rival Interpretations of Market Society: Civilizing, Destructive or Feeble?“, in: *Journal of Economic Literature*, Vol 20, No 4, S. 1463-1484.
- Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gérard (2003): *Politics Like Any Other: Dimensions of Conflict in the European Parliament*. London: School of Economics (mimeo).
- Huntington, Samuel (1993): “The Clash of Civilisations?“, in: *Foreign Affairs*, Vol. 72, No. 3, S. 22-50.
- Keynes, John Maynard (1930): *A Treatise on Money*, London: Macmillan.
- Lehrer, Keith/Wagner, Carl (1981): *Rational Consensus in Science and Society*. Dordrecht: D.Reidel Publishing Company.
- Muldrew, Craig (1998): *The Economy of Obligation: The Culture of Credit and Social Relations in Early Modern England*. Basingstoke, UK: Macmillan Press.
- Nitsch, Manfred (1995): „Geld und Unterentwicklung: Der Fall Lateinamerika“, in: Schelkle, Waltraud/Nitsch, Manfred (Hrsg.): *Rätsel Geld, Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 7-105.
- Popper, Karl (1945/1995): *The Open Society and its Enemies*. London: Routledge.
- Putnam, Hilary (2002): *The Collapse of the Fact/Value Dichotomy and other Essays*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Riese, Hajo (1995): „Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik“, in: Riese, Hajo/Betz, Karl (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik in der Geldwirtschaft*. Band 14, Marburg: Metropolis, S. 9-29.
- Robbins, Lionel (1938): „Interpersonal Comparisons of Utility: A Comment“, in: *The Economic Journal*, vol. 48, issue 192, S. 635-641.
- Rousseau, Jean Jacques (1993): *The Social Contract and Discourses*, London: Everyman.
- Scott, James C. (1976): *The Moral Economy of the Peasant – Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, Yale University Press.
- Searle, John (1995): *The Construction of Social Reality*, London: Allen Lane and the Penguin Press.

- Thompson, Edward Palmer (1971): „The moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century“, in: *Past and Present*, No. 50 (Feb.), S. 76-136.
- Tsebelis, George/Garrett, Geoffrey (2001): „Intergovernmentalism and Supranationalism in the European Union“, in: *International Organization* 55, 2, Spring, S. 357-390.
- Williamson, Oliver (1975): *Markets and Hierarchies*. New York: Free Press.